

Tabak-Arbeiter

Nr. 38 / Bremen, den 17. September 1927

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Monatlicher Bezugspreis 40 Goldpfennig ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Goldpfennig für die viergespaltene Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms. — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer Buchdrucker- und Verlagsanstalt J. H. Schmalzfeldt & Co. — Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telephon: Am Roland 6048. — Geld- und Einzahlungskonten zu Johannes Krohn. — Postfachkonto 5349 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Groß- und Kleingewerkschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann. — Verbandsauschuß: L. Schoene, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer 45/46

Die Unternehmerparade in Frankfurt a. M.

Am 2. und 3. September fand in Frankfurt am Main die diesjährige Unternehmerparade statt. Derartige Zusammenkünfte werden bescheiden als Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bezeichnet. Frankfurt ist der Sitz der kapitalmäßig größten deutschen Aktiengesellschaft, der Farbenindustrie AG., und der Vorsitzende dieser Gesellschaft ist auch zugleich Präsident des Reichsverbandes. Diese Dinge mögen als bedeutungslos gelten und doch sind sie für die Entwicklung sehr symbolisch. Was in Frankfurt geredet wurde, war vorher genau durchgesprochen und festgelegt. Was Silberberg in Dresden sagte, klang nur deshalb als eine Demonstration, weil die Öffentlichkeit und vielleicht auch ein großer Teil der Versammelten von dem, was zum Vortrag kam, nicht unterrichtet war. Etwas Derartiges ist diesmal vermieden worden; obwohl die meisten Redner ihre Ausführungen im Sinne Silberbergs ausklingen ließen.

Begeisterte Wandlungen waren in Frankfurt nicht festzustellen. Auch daß der Vorsitzende der Tagung, Geheimrat Dr. Duisberg, in seiner Eröffnungsrede ein Bekenntnis zum neuen Staat ablegte, kam nicht überraschend. Die maßgebenden Leute der Industrie haben sich längst mit der Republik von heute abgefunden, sie haben sich in ihr heimisch gemacht und dürften gar nicht daran denken, einen gewaltigen Umsturz zu unterstützen.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes, Dr. Duisberg, läßt es sich nicht nehmen, alljährlich zu den allgemeinen Fragen Stellung zu nehmen. So auch diesmal wieder. Aus seinem Vortrag ist besonders erwähnenswert, daß er die Rentabilität der deutschen Industrie mit dem Einkommen der Arbeiterschaft in Verbindung brachte. Die an der Berliner Börse notierten Aktiengesellschaften hätten 1926 nur eine Rendite von 6,88 Prozent erbracht. Gegenüber 1913 sei die Rentabilität um ein Drittel gesunken; demgegenüber sei die Lohnhöhe für ungelernete Arbeiter am 1. Juni 1927 gegenüber 1913 um 81 Prozent und die der gelernten Arbeiter um 47 Prozent gestiegen. Man hörte derartiges schon öfter, nur fällt hierbei auf, daß der Vorsitzende der größten Unternehmerorganisation für die Rentabilitätsindustrie ein Jahr der größten Krise und für die Lohnhöhe der Arbeiterschaft eine Zeit des größten Aufschwungs in Vergleich setzt. Daß ein solcher Vergleich schon aus diesem Grunde schief sein muß, ist in die Augen springend. Man weiß ferner, daß die Rentabilität der Industrie in den ausgeschütteten Dividenden nicht zum Ausdruck kommt, zumal die Umstellung gewaltige Kapitalsummen festlegte. In gleicher Weise schief waren die Ausführungen, in denen Geheimrat Duisberg dem deutschen Volke Vergnügungssucht vorwirft, weil zu viele Versammlungen und Feste mit Festessen abgehalten würden. Die längste Rennbahn und die größte überdeckte Tennishalle, die nach den Worten Duisbergs in Deutschland entstehen sollen, werden nicht für die Arbeiterschaft gebaut, auch ist die Arbeiterschaft gegen den Vorwurf gefeit, daß es Feste mit Festessen abhält. Wir glauben also, daß der Vorsitzende des Reichsverbandes sich mit diesen Vorwürfen an Kreise wendet, die dem Reichsverband sehr nahe stehen dürften.

Die diesmalige Tagung stand unter dem Zeichen der Qualitätsarbeit. Herr Geheimrat Kastl verbreitete sich hierüber in seinem Vortrage „Wirtschaftspolitische Voraussetzungen für deutsche Qualitätsarbeit“ sehr eingehend. Er stellte fest, daß im heutigen Deutschland dem Produktionsfaktor Arbeit eine ganz besonders wichtige Rolle zufällt. Die Notwendigkeit der Qualitätsarbeit erhält seine bestimmte Wirkung durch die Lebenshaltungsansprüche der breiten Massen sowie von dem für Deutschland bestehenden Exportzwang. Massenproduktion und Qualität dürfen keine Gegensätze sein. Aus all diesen Gründen sei das Unternehmertum und die Arbeiterschaft in gleicher Weise an einer Qualitätsarbeit interessiert. Herr Kastl erwähnte hier-

bei die Notwendigkeit der Preissenkung für industrielle Waren. Man vernahm leider nichts davon, daß nicht nur keine Preissenkung, sondern wie die Rezhiffer zeigt, eine Preiserhöhung durch die Rationalisierung eingetreten ist. Daß das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes die Höhe der Steuer und der sozialen Abgaben kritisierte und sie als der Leistung zur Qualitätsarbeit abträglich bezeichnete, überrascht nicht. Diese Dinge gehören zum eisernen Bestand aller öffentlichen Äußerungen. Auch seien die übrigen sozialpolitischen Gesetze und Errungenschaften eher ein Hindernis, denn eine Förderung von Qualitätsarbeit. Zu den kartellpolitischen Fragen übergehend, sprach Herr Kastl die Ansicht gelassen aus, daß die Kartelle von heute mit denen vor 30 Jahren nicht zu vergleichen seien. Die Kartelle der Jetztzeit seien im Gegenteil berufen, die Normung, Typisierung und Spezialisierung der Verbandserzeugnisse herbeizuführen und zu überwachen. Die Kartelle seien also eine wirtschaftliche Notwendigkeit und müsse aus diesem Grunde die vollständige Freiheit für die Kartellwirtschaft gefordert werden. Es dürfte auch kaum überraschen, daß Herr Kastl das „Dinta“ in Schutz nahm und die durch dieses Institut betriebene „Menschenwirtschaft“ als notwendig bezeichnete. Das Dinta und andere Einrichtungen gleicher Art seien in keiner Weise gegen die Gewerkschaften gerichtet.

Von den übrigen in Frankfurt gehaltenen Vorträgen ist die Rede des Herrn Dr. Bücher „Die volkswirtschaftliche Einheit von Wissenschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft im Produktionsprozeß“ noch von Interesse. Die Rede Büchers bildete zweifellos den Höhepunkt der Frankfurter Tagung. Es sei Aufgabe der Wirtschaft, die Erhöhung des Lebensstandards aller Volksgenossen herbeizuführen. Dabei sei die Verbilligung der Waren das erste Erfordernis. Die Verbilligung der Waren und ein hoher Lebensstandard der Bevölkerung seien abhängig von der Kooperation (gleichberechtigte Zusammenarbeit) von Wissenschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft. „Ohne Wissenschaft kein wirtschaftlicher Fortschritt; ohne Unternehmertum keine moderne Produktionsstätte und keine wirtschaftliche Führung; ohne durchgebildete Arbeiterschaft überhaupt keine industrielle Leistungsfähigkeit.“ Aufgabe dieser drei Faktoren sei es, durch verständige Zusammenarbeit die beste und billigste Ware herzustellen. Leider blieb es bei diesen Zeitsägen, ohne im einzelnen zu hören, was jeder einzelne Faktor in der Hauptsache zur Hebung des Lebensstandards und zur Verbilligung der Ware beitragen soll. Namentlich hätte es uns interessiert, was das Unternehmertum zu beginnen gedenkt, um jene Voraussetzungen zu schaffen. Man vernahm davon nichts, sondern verschwommene Gemeinplätze, mit denen sehr wenig anzufangen ist.

Herr Bücher glaubt an das kommende Zeitalter des Hochkapitalismus, und er glaubt sich dessen ferner sicher zu sein, „daß dieser Kapitalismus nicht durch eine sozialistische Ordnung im Sinne des Marxismus abgelöst wird, sondern daß wir evolutionistisch zu Wirtschaftsformen kommen müssen, die die Härten und Ungerechtigkeiten der vergangenen Zeit beseitigen.“ Man könnte es als einen Fortschritt werten, daß ein hervorragender Vertreter der Industrie von einer Entwicklung zu neuen Wirtschaftsformen überzeugt ist. Wie diese Wirtschaftsformen aussehen sollen, wurde nicht gesagt. Aber wir glauben dessen sicher zu sein, daß das Unternehmertum solche Entwicklungsmöglichkeiten überhaupt nicht ins Auge faßte, wenn Hannibal nicht vor dem Tore stände, d. h. wenn die Arbeiterschaft durch ihre organisatorische Stärke dem Unternehmertum etwas Derartiges nicht deutlich zu Gemüte geführt hätte. Erwähnenswert bleibt noch, daß Herr Bücher aus der Notwendigkeit zur Zusammenarbeit die Forderung zu einer neuen wirtschaftlichen

Ethik (Sittenlehre) herleitete. Wie diese neue Sittenlehre aussehen soll, wurde nicht erörtert. Soweit die Arbeiterschaft in Frage kommt, bedarf sie kaum einer neuen Sittenlehre, sondern vielmehr der Festigkeit, ihre eigenen Interessen mit allem Nachdruck zu vertreten. Wir werden sehen, ob und wie der Reichsverband seinen Anhängern und Mitgliedern die neue Sittenlehre näherzubringen versucht.

Bekanntlich werden auf öffentlichen Unternehmertagungen Beschlüsse nicht gefaßt, sondern die genau festgelegten Ausführungen werden von den Anwesenden kritiklos entgegengenommen. Die großen Demonstrationen des Reichsverbandes sind also genau formulierte Forderungen der Öffentlichkeit gegenüber. Wollte man den Kern der diesmaligen Hauptversammlung des Reichsverbandes zusammenfassen, so käme ungefähr folgendes heraus: Man wünscht einen neuen Patriarchalismus, eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern, die darauf hinauslaufen soll, die Wirtschaftlichkeit zu heben und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken. Von der einzuschlagenden Lohnpolitik, die bei der Erhöhung des Lebensstandards ein wichtiges Moment darstellt, wurde wenig gesagt. Die Senkung der Preise wurde allgemein gefordert und als notwendig bezeichnet. Dennoch hörte man nichts davon, daß diese trotz einer Rationalisierung im großen Ausmaß nicht nur ausgeblieben, sondern in das Gegenteil umschlug. Die Arbeiter und Angestellten haben für den Umstellungsprozeß der deutschen Wirtschaft große Opfer gebracht. Es wurde in Frankfurt vermieden, diese Opfer entsprechend zu würdigen und entsprechende Gegenleistungen der Unternehmer in Aussicht zu stellen.

Es war eine durchaus einseitige Herausstellung von volkswirtschaftlichen Problemen. Was Silberberg in Dresden gefordert hatte, wurde erneut bestätigt, ohne von den Konsequenzen etwas zu hören. Dagegen unterstützt man eine Werks- und Erziehungspolitik der Arbeiter, die in der Richtung der Werksgemeinschaften liegen dürfte. Die Frankfurter Tagung hat also im großen und ganzen nichts Neues gebracht, aber sie hat ein der Arbeiterschaft deutlich zu Gemüte geführt, nämlich die Art und Weise, wie lückenlos und geschlossen das Unternehmertum zusammensteht und wie einheitlich es seine Forderungen zu vertreten weiß. Eine gleiche Einheitlichkeit und Geschlossenheit ist bei den Hand- und Kopfarbeitern nicht vorhanden. Macht kann nur durch Macht, Geschlossenheit gegen Geschlossenheit ausgeglichen werden. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man die Unternehmerparade würdigen will.

Rationalisierung und Gewerkschaften in Deutschland

Von Th. Leipart

Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die Rationalisierung ist nichts Neues, soweit sie Ersparnisse an Arbeit, Zeit oder Kapital innerhalb des einzelnen Betriebes bezweckt. In dieser Form ist sie so alt wie die Geschichte der menschlichen Arbeit überhaupt. Neuartig ist dagegen, daß die Rationalisierung vom Einzelbetrieb auf die gesamte Volkswirtschaft übergreifen beginnt und daß sie in steigendem Maße als Angelegenheit der Volksgemeinschaft angesehen wird. Die Amerikaner prägen dafür das Wort „service“ und das deutsche Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, in dem jetzt endlich auch die Gewerkschaften vertreten sind, bezeichnete als Ziel der Rationalisierung die „Steigerung des Volkswohls durch Verbilligung, Vermehrung und Verbesserung der Güter“. Freilich ist die übergroße Mehrzahl der Unternehmer derart fortschrittlichen Ansichten noch durchaus unzugänglich.

Die Fortschritte der Rationalisierung sind teilweise so erstaunlich groß, daß die Produktion keine Schwierigkeiten mehr macht. Es kann beliebig viel produziert werden. Damit entsteht für die deutsche Wirtschaft eine neue Frage: Wie kann diese ungeheure Menge an Gütern untergebracht werden? Das Produktionsproblem ist also zu einem Absatzproblem geworden, d. h. die Arbeiterschaft kann Waren über Waren herstellen, aber sie ist nicht in der Lage, das Werk ihrer Hände auch zu verbranchen. Auf der einen Seite also eine Wirtschaft, die im eigenen Zeit zu ersticken droht, auf der anderen Seite Millionen von Verbrauchern, die den Warenüberschuß nicht aufnehmen können, weil ihnen die Kaufkraft mangelt. Rationalisierung und Steigerung der Kaufkraft, Produktion und Absatz, sind also aufs engste miteinander verbunden.

Auf diesen Zusammenhang haben die deutschen Gewerkschaften schon jahrelang hingewiesen. Die Not ihres unermüdlichen Ueberflusses wird auch die Unternehmer allmählich zwingen, ihn anzuerkennen. Die Kaufkraft muß und wird gesteigert

werden: durch Preisenkungen, wenn die Unternehmer sich wirtschaftlichen Erwägungen zugänglich zeigen; durch Lohnerhöhungen, solange sie in ihrem Unverstand beharren. Die Früchte der Rationalisierung können eben auf die Dauer nicht dem einzelnen zugute kommen. Die Rationalisierung muß letzten Endes zu einer Wohlstandssteigerung des gesamten Volkes führen.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich deshalb gegen die Rationalisierung niemals gesträubt. Die kurzfristige Empörung der alten „Maschinenstürmer“ liegt ihnen fern. Im Gegenteil: gerade wir haben die Rationalisierung schon zu einer Zeit gefordert, als die meisten Unternehmer noch zaghaft schwankten. Denn wir wissen, wie ich eben auseinandersetzte, daß sie eines Tages auch den Arbeitnehmern ein besseres Leben verschaffen wird. Freilich verhehlen wir uns nicht, daß im ersten Stadium gerade die Arbeitnehmer die Leidtragenden sind. Denn jede Rationalisierung verringert die Zahl der Arbeitskräfte so lange, bis der vergrößerte Absatz an der gleichen oder an anderer Stelle die Einstellung neuer Arbeitskräfte ermöglicht. Das ist ein Vorgang, der unvermeidlich ist. Notwendig ist es aber, die Arbeitslosen solange zu unterstützen, bis sie wieder in den Arbeitsprozeß aufgenommen werden können. Eine gute Arbeitslosenversicherung ist also eine unabwendbare Ergänzung des Rationalisierungsvorgangs. Den Bemühungen der deutschen Gewerkschaften ist es endlich gelungen, daß am 1. Oktober d. J. die vom Reichstag beschlossene Arbeitslosenversicherung in Kraft tritt. Freilich ist sie noch mit manchen Fehlern behaftet, aber wir können trotzdem mit Befriedigung sagen, daß im Prinzip unsere Forderung verwirklicht worden ist.

Die Rationalisierung hat die Ergiebigkeit der Arbeit gewaltig vermehrt. Es drängt sich daher die Frage auf: genügt nicht eine geringere Arbeitszeit, um alle Bedürfnisse der Menschheit voll aufzufriedigen? Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat auf seinem letzten Kongreß bereits die 44-Stundenwoche gefordert. Auch wir werden uns mit dieser Frage beschäftigen müssen. Der Weg zur Arbeitsstätte wird mit der Ausdehnung der Städte immer länger, die Zeit der „Arbeitsbereitschaft“ also größer.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wäre auch die beste Lösung für das „Monotonieproblem“. Ich glaube nicht, daß die Rationalisierung im allgemeinen die Menschen mehr zum „Sklassen der Maschine“ gemacht hat, als dies vor 20 und 30 Jahren der Fall war. Trotzdem liegt uns dieses Problem am Herzen. Allerdings wollen wir nicht, daß die „Seele des Arbeiters“ im Betrieb gepflegt wird, wie es die Freunde der „Werkgemeinschaft“ wünschen, sondern in der freien Zeit nach der Arbeit. Daher bedeutet eine Verkürzung der Arbeitszeit eine vergrößerte Möglichkeit zur Entfaltung der geistigen Kräfte, die in der Arbeiterschaft schlummern. Je länger die Freizeit wird, um so erfolgreicher können die Bildungsbestrebungen einsetzen, denen die deutschen Gewerkschaften sich neuerdings wieder mit erhöhtem Eifer widmen.

Genossenschaftliches

Internationale genossenschaftliche Frauenkonferenz

Aus Anlaß des internationalen Genossenschaftskongresses in Stockholm fand dort auch die dritte Konferenz der internationalen Frauengilde statt. Es waren mehr als 200 Personen bei der Konferenz anwesend. Die Präsidentin der Gilde konnte feststellen, daß die Genossenschaftsverbände aller Nationen mehr denn je den Wert erkennen, den die Hausfrauen für die Verwirklichung ihrer Zwecke und Ziele besitzen. Nach Erledigung einiger mehr geschäftlicher Angelegenheiten wurde das erste Referat über „Niedrigere Preise oder hohe Rückvergütung, was verlangen die Hausfrauen?“ erstattet. Die Frauen erkennen, daß nicht der Preis, sondern die Güte der Ware oft entscheidend ist, und daß die starken Reserven eines Konsumvereins und seine Eigenproduktion oft entscheidender für die Lebenshaltung der Massen sind als die höchste Rückvergütung. Die Resolution, die gegen die drei kommunistischen Stimmen angenommen wurde, fordert die Frauen auf, noch mehr als bisher für Aufklärung und Verständnis auf diesem Gebiete zu sorgen. Die genossenschaftliche Frauengilde beschäftigte sich auch mit der Verbesserung der Einrichtungen und der Arbeitsmethoden des Haushalts. Diesmal stand die „Familienwäsche“ auf der Tagesordnung. Der Verhandlungsgegenstand „Reinheit und Nährwert der Nahrungsmittel“ zeigte den Frauen ein neues Feld der Arbeit, das bisher nur von Fachleuten überprüft und bearbeitet wurde. Die Einleitung der Diskussion forderte, daß die Frauen mithelfen im Kampfe gegen Lebensmitteltäuschungen und ferner, daß die internationale Schutzgesetzgebung für den Konsumenten so ausgebaut werde wie für die Produzenten.



Tabakgewerbe



Schwangerenschutz in der Tabakindustrie

In den Jahresberichten für 1926 hatten die Gewerbeaufsichtsbeamten im besonderen über den Schutz der gewerblich tätigen Schwangeren zu berichten. Oberregierungsrat Dr. Margarete Trapp hat nun die Ergebnisse der Berichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten in einer besonderen Abhandlung in der „Arbeit“ zusammengefaßt und kritisch beleuchtet. Da sich ihre Ausführungen auch auf Verhältnisse in der Tabakindustrie beziehen, sollen sie hier auszugsweise wiedergegeben werden:

Eine genaue Feststellung der Zahl der schwangeren Arbeiterinnen konnte naturgemäß nicht getroffen werden. Die Berichterstatter mußten sich deshalb vielfach auf Feststellungen in Einzelfällen beschränken. So wurden im Breslauer Bezirk drei Betriebe der Zigarettenindustrie mit 1383 Arbeiterinnen erfasst, von denen 57 Schwangere waren. Bei diesen wurden in einem Falle besondere Schwangerschaftsbeschwerden, in einem anderen Falle eine Frühgeburt und in zwei Fällen Fehlgeburten festgestellt. Im Mindener Bezirk wurden die Feststellungen auch auf Hausarbeiterinnen ausgedehnt. Soweit die Zigarettenindustrie dabei in Betracht kommt, sind 3494 Fabrikarbeiterinnen und 8586 Hausarbeiterinnen gezählt worden. Die Zahl der Geburten betrug jedoch bei den Fabrikarbeiterinnen 76 und bei den Hausarbeiterinnen 926. Zurückgeführt wird dieser gewaltige Unterschied in der Hauptsache darauf, daß in den Fabriken neben älteren Frauen vorzugsweise ledige Mädchen beschäftigt werden und außerdem schwangere Arbeiterinnen vier bis fünf Monate vor der Entbindung zur Hausarbeit übergehen.

Die für Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern und ihnen gleichgestellte Betriebe durch § 137 Absatz 6 der Gewerbeordnung für die schwangeren Arbeiterinnen vorgesehene Schonzeit von zwei Wochen vor der Niederkunft wurde nach den Beobachtungen der Gewerbeaufsichtsbeamten vielfach nicht eingehalten. Nicht selten wurde die Arbeit bis zum letzten Tage vor der Niederkunft fortgesetzt, in einzelnen Fällen wurde sogar noch am Tage der Entbindung gearbeitet. Für die Dauer der Schonung war meist die wirtschaftliche Lage entscheidend. Im Arnberger Bezirk zahlt eine Tabakfabrik grundsätzlich den schon längere Zeit in dem Betrieb tätigen verheirateten Arbeiterinnen vor ihrer Niederkunft den Lohn für 14 Tage weiter, verlangt aber von ihnen, daß sie sechs Wochen vor der Entbindung die Arbeit niederlegen. Eine Tabakfabrik im Koblenzer Bezirk entließ die Schwangeren zwei bis drei Monate vor der Niederkunft mit Rücksicht auf die im Betrieb neben den erwachsenen Arbeiterinnen zahlreich beschäftigten jungen Mädchen. Solche vorzeitig aus dem Betrieb ausgeschiedenen Arbeiterinnen wurden den Wohlfahrtsämtern überwiesen, damit sie, die noch keinen Anspruch auf Wochenhilfe hatten, nicht — wie öfters geschehen war, der Erwerbslosenfürsorge zur Last stelen.

Erwähnenswert ist dann noch, daß eine größere Zigarettenfabrik im Schleswiger Bezirk den Schwangeren das Verlassen der Fabrik vor Schluß der Arbeitszeit gestattet, um zu verhüten, daß diese Frauen ins Gedränge kommen. In den meisten Berichten wurde auch die Mithilfe der Mitarbeiter lobend hervorgehoben, nur vereinzelt sollen bei Gruppenakkord mitbeteiligte Arbeiterinnen den Schwangeren Schwierigkeiten gemacht haben. Auffallend hoch erschien, wie nach dem Bericht aus dem Mindener Bezirk auch von den Krankenkassen des Bezirks hervorgehoben wurde, die Zahl der Fehlgeburten in der Tabakhausarbeit. Sie betrug bei 8586 Hausarbeiterinnen 93 (Frühgeburten 57), während bei 3494 Fabrikarbeiterinnen in der Tabakindustrie keine Fehlgeburt (2 Frühgeburten) vorgekommen ist.

Zusammenfassend schreibt Margarete Trapp am Schluß ihrer Ausführungen: Wenn auch diese Berichte (der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten, R. d. „T. A.“) einen Fortschritt des Schutzes der gewerblich tätigen Schwangeren erkennen lassen, so ist doch ein baldiger Ausbau* der gesetzlichen Schutzvorschriften, vor allem durch Erweiterung der Schonzeit vor der Niederkunft und Ausdehnung ihres Geltungsbereichs, unbedingt erforderlich. Insbesondere lassen aber die Berichte erkennen, daß

zur Durchführung einer längeren Arbeitsruhe vor der Niederkunft das Wochenlohn entweder die Höhe des jeweiligen Lohns der Schwangeren erreichen oder den Schwangeren in Notfällen der Unterschiedsbetrag zwischen Lohn und Wochenlohn von den Wohlfahrtsämtern gezahlt werden muß, weil ein Lohnausfall von einer großen Zahl Schwangeren nicht getragen werden kann.

Arbeitslosigkeit, Kurz- und Ueberarbeit

Von der statistischen Erhebung, die der Deutsche Tabakarbeiter-Verband am Ende des Monats August über die Beschäftigungsmöglichkeit seiner Angehörigen veranstaltete, wurden insgesamt 60 304 (14 288 männliche und 46 016 weibliche) Mitglieder erfasst. 4392 (1046 männliche und 3346 weibliche) von ihnen waren völlig arbeitslos, 5315 (682 männliche und 4633 weibliche) mußten verkürzt arbeiten, 42 225 (10 256 männliche und 31 969 weibliche) konnten die Woche 48 Stunden arbeiten und 8372 (2304 männliche und 6068 weibliche) leisteten Ueberarbeit. Auf je 100 Mitglieder sind das 7,28 Arbeitslose, 8,82 Kurzarbeiter, 70,02 Vollarbeiter und 13,88 Ueberarbeiter. Da die Verhältniszahlen vom Monat Juli in der gleichen Reihenfolge 7,53, 5,98, 73,20 und 13,29 betragen, so ist im allgemeinen eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und Ueberarbeit und eine Vermehrung der Kurzarbeit und Ueberarbeit festzustellen. Einzelheiten ergeben sich aus der nach Industriezweigen getrennten Darstellung weiter unten. Zuvor noch einige spezialisierte Angaben über den Umfang der Kurzarbeit und Ueberarbeit. Verkürzt arbeiteten

um	männl.	weibl.	zusammen
1—8 Stunden . . .	411	2160	2571
9—16 Stunden . . .	130	1495	1625
17—24 Stunden . . .	113	728	841
25 u. mehr Stunden .	28	250	278
Insgesamt	682	4633	5315

Auf der anderen Seite arbeiteten über die Normalarbeitszeit von 48 Stunden in der Woche hinaus

	männl.	weibl.	zusammen
bis zu 3 Stunden . . .	915	1838	2753
bis zu 6 Stunden . . .	1143	4037	5180
über 6 Stunden . . .	246	193	439
Insgesamt	2304	6068	8372

Wie sieht es nun in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie aus? In der Zigarettenindustrie sind 40 326 Mitglieder erfasst worden. Davon waren 2623 arbeitslos, 1719 arbeiteten verkürzt, 28 007 arbeiteten voll und 7977 arbeiteten über. Von den 15 698 Mitgliedern, die in der Zigarettenindustrie erfasst worden sind, waren 1518 Arbeitslose, 3191 Kurzarbeiter, 10 989 Vollarbeiter und keine Ueberarbeiter. Ueber die Rauch- und Schnupftabakindustrie kann berichtet werden, daß von den 2137 erfassten Mitgliedern 207 arbeitslos waren, 95 verkürzt arbeiten mußten, 1465 voll arbeiten konnten und 370 mehr als 48 Stunden in der Woche arbeiteten. Aus der Raubakindustrie wurden 2143 Mitglieder erfasst, von denen 44 arbeitslos waren, 310 verkürzt arbeiteten, 1764 voll arbeiteten und 25 Ueberarbeit leisteten. Das ergibt auf je 100 Mitglieder in der

	Arbeitslose	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Zigarettenindustrie	6,51 (7,24)	4,26 (5,11)	69,45 (71,74)	19,78 (15,91)
Zigarettenindustrie	9,67 (9,06)	20,33 (8,71)	70,00 (74,44)	— (7,79)
Rauch- u. Schnupftabakindustrie	9,69 (7,33)	4,44 (5,86)	68,56 (71,08)	17,31 (15,79)
tabakindustrie	2,05 (2,33)	14,47 (2,96)	82,32 (93,85)	1,16 (0,86)

Um Vergleiche zu ermöglichen, ist die Verhältniszahl vom Monat Juli jedesmal (eingeklammert) hinzugelegt. Danach haben sich die Verhältnisse in der Zigarettenindustrie wiederum gebessert; denn die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist zurückgegangen, während die Zahl der Vollarbeiter und Ueberarbeiter zusammengenommen gestiegen ist. Gerade umgekehrt liegen die Dinge in der Raubakindustrie, wo insbesondere die starke Zunahme der Kurzarbeiter auffällt. Dasselbe trifft für die Raubakindustrie zu, wo ebenfalls, wie auch in der Rauch- und Schnupftabakindustrie, eine Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes eingetreten ist.

* Ein weiterer Ausbau ist inzwischen durch das Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 16. Juli 1927 erfolgt (siehe „Tabak-Arbeiter“ Nr. 31).



Verbandsleben



Es geht aufwärts!

Die günstige Entwicklung der Mitgliederbewegung im Deutschen Tabakarbeiter-Verband, über die wir nach Abschluß des ersten Quartals in diesem Jahre berichten konnten (siehe „Tabak-Arbeiter“ Nr. 23), hat erfreulicherweise auch im zweiten Quartal angehalten. In den drei Monaten April, Mai, Juni ist die Zahl der Mitglieder von 62 275 auf 65 088, also um 2813 gestiegen. Am größten ist die Zunahme natürlich bei den weiblichen Mitgliedern; ihre Zahl ist von 47 431 auf 49 553 gestiegen, hat also um 2122 zugenommen. Aber auch der Zuwachs an männlichen Mitgliedern ist nicht unbedeutend; ihre Zahl hat sich um 691 erhöht und betrug 15 535 am Ende des zweiten Quartals gegenüber 14 844 am Ende des ersten Quartals. Insgesamt hat sich die Zahl der Mitglieder im ersten Halbjahr 1927 um mehr als 6000 vermehrt; sicher ein günstiges Zeichen für die wachsende Erkenntnis in den Reihen der Tabakarbeiterschaft, daß nur durch den organisatorischen Zusammenschluß etwas zu erreichen ist.

Eine alte Erfahrung im Organisationsleben lehrt, daß Stillstand gleichbedeutend mit Rückgang ist. Der erfreuliche Mitgliederzuwachs darf deshalb nicht dazu führen, in der Werbetätigkeit für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband irgendwie zu erlahmen. Seine Mitgliederzahl müßte mindestens doppelt so groß sein, wenn alle bis jetzt noch nicht organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie von ihm erfasst wären. Das Agitationsfeld ist also so groß, daß alle Verbandsmitglieder die Möglichkeit haben, sich darauf zu betätigen. Einzig und allein auf die Betätigung kommt es jetzt an.

Aber nicht nur die Mitgliederzahl hat eine Steigerung erfahren, auch die Beitragsleistung ist besser geworden. Am Ende des zweiten Quartals zahlten einen wöchentlichen Verbandsbeitrag von

	männlich	weiblich	zusammen	von Hundert
25 ₰	681	8 297	8 978	13,79
40 ₰	5 406	25 564	30 970	47,58
55 ₰	4 544	11 402	15 946	24,50
75 ₰	2 566	4 128	6 694	10,29
100 ₰	2 338	162	2 500	3,84

Insgesamt . . . 15 535 49 553 65 088 100,00

Wenn man berücksichtigt, daß am Ende des ersten Quartals in diesem Jahre 15,30 v. H. der Mitglieder einen wöchentlichen Verbandsbeitrag von 25 ₰, 49,33 v. H. einen solchen von 40 ₰, 21,61 v. H. einen solchen von 55 ₰, 10,16 v. H. einen solchen von 75 ₰ und 3,57 v. H. einen solchen von 100 ₰ zahlten, dann zeigt sich, daß auch im zweiten Vierteljahr 1927 eine Reihe von Mitgliedern von den unteren in die oberen Beitragsklassen übergetreten sind. Diese Bewegung darf nicht erlahmen, sondern muß weitergefördert werden, denn noch gibt es viele Kolleginnen und Kollegen, die den für ihren Verdienst im Statut vorgeschriebenen Verbandsbeitrag nicht zahlen. Wie es gemacht werden kann, hat in vorbildlicher Weise die Zahlstelle Würzburg gezeigt. Durch planmäßiges Vorgehen ist es ihr gelungen, 71 Mitglieder zum Ueberritt in eine höhere Beitragsklasse zu bewegen und die Beitragsklasse von 25 ₰ gänzlich aufzuheben. Auch anderswo ist die 25-₰-Beitragsklasse aufgehoben worden. So oder ähnlich muß in allen Zahlstellen verfahren werden, damit am Ende des dritten Quartals über weitere Fortschritte auf diesem Gebiete berichtet werden kann.

Sally Rosenthal 40 Jahre Verbandsmitglied

Am 10. September konnte unser Kollege, der frühere Zigarrenarbeiter Sally Rosenthal in Berlin auf eine 40jährige Mitgliedschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband zurückblicken. Noch unter dem Sozialistengesetz trat er, kaum 18 Jahre alt, dem damaligen Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter bei. Seitdem hat Sally Rosenthal der gewerkschaftlichen Organisation der Tabakarbeiter die Treue bewahrt, im Gegensatz zu manchen anderen auch dann noch, nachdem er den Beruf gewechselt und in der Krankenkassenbewegung Anstellung

gefunden hatte. Besonders hat er sich um die Zahlstelle Berlin verdient gemacht, deren Leiter er lange Jahre hindurch gewesen ist. Zuletzt vertrat er die Berliner Kollegenschaft noch auf dem Bremer Verbandstag im Jahre 1919. Seine scharfen und sarkastischen Reden haben stets etwas Versöhnendes an sich, weil sie von dem Bestreben getragen werden, der Arbeiterschaft im allgemeinen und der Tabakarbeiterschaft im besonderen zu dienen. Darum übermitteln auch wir unserem Kollegen Sally Rosenthal zu seinem 40jährigen Verbandsjubiläum die besten Glückwünsche und knüpfen daran die Hoffnung, daß er der Arbeiterbewegung noch recht lange erhalten bleiben möge.

Konferenz- und Versammlungsberichte

Lübbede. Am 2. September fand im Gewerkschaftshaus eine Zigarrenarbeiterversammlung statt, die zunächst den Bericht vom zweiten Quartal entgegennahm. Aus demselben ist hervorzuheben, daß die Zahl der männlichen Mitglieder in der Zahlstelle Lübbede von 1158 auf 1222 und die der weiblichen Mitglieder von 1168 auf 1237 gestiegen ist. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Im Namen der Verbandsleitung überreichte der Kollege Borchardt den Kollegen Karl Bischoff und Albert Fritsche hierauf in Anerkennung ihrer 25jährigen Mitgliedschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband ein Ehrendiplom. Sodann hielt der Kollege Borchardt einen lehrreichen und beifällig aufgenommenen Vortrag über das Arbeitszeit-Notgesetz. Zum Schluß wurde der Kollege Berner einstimmig als Versammlungsleiter gewählt.

Tagung des Beirates der Zigarrenindustrie

Um zu einer Reihe von wichtigen und dringenden Fragen Stellung zu nehmen, hat der Verbandsvorstand die Gauleiter und Beiratsmitglieder aus der Zigarrenindustrie sowie eine Vertretung des Verbandsausschusses zu einer Tagung eingeladen, die am 18. September in Bremen stattfinden soll. Ueber den Verlauf und das Ergebnis der Tagung werden wir in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“ berichten.

Aus der Plöner Rahtabakindustrie

Mit der neu gegründeten Tabakfabrik „Wagria“ in Plön, die vorwiegend Rahtabakarbeiter beschäftigt, wurde am 1. September ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Für alle Stunden, die über diese Arbeitszeit hinausgehen, wird ein Zuschlag von 25 Prozent gezahlt. Für Nachtarbeit, die zwischen 20 Uhr und 6 Uhr liegt, wird ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt und für Sonntags- und Feiertagsarbeit ein solcher von 100 Prozent. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten jährlich an 8 Arbeitstagen Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Die Löhne sind, abgesehen von einigen Aufrundungen, die gleichen wie die mit der Firma Fischer & Herwig in Hann.-Münden vereinbarten. Die Tarisdauer ist auf ein Jahr festgesetzt. Wird der Tarif zum Ablaufstermin nicht aufgehündigt, so gilt er immer für ein weiteres Jahr. Ab 1. Oktober d. J. werden die Löhne um 2 Prozent erhöht. Diese können mit einer achttägigen Frist zum Schlusse eines jeden Monats aufgehündigt werden; jedoch erstmalig zum 31. März 1928. Erfolgt eine Aufkündigung nicht, so gelten sie immer für einen weiteren Monat.

Gestorben sind:

- Am 1. August die Tabakpfeiferin Klara Dietrich, 57 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).
- Am 21. August der Zigarrenarbeiter Albert Korjewski, 50 Jahre alt (Zahlstelle Schönlaute).
- Am 23. August die Rahtabakarbeiterin Anna Behrmann, 50 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 3. September der Kollege Erich Fiedler, 19 Jahre alt (Zahlstelle Großhüden).

Ehre ihrem Andenken